



Links- und Rechtsextremismus: Alte Gefahren in neuem Gewand

Steigende Gewaltbereitschaft insbesondere unter Autonomen, neue Aktions- und Propagandaformen von Links- und Rechtsextremisten: Die Gefahren für die Demokratie sind nach wie vor hochaktuell.

Seit 2005 ist die politisch motivierte Kriminalität nahezu kontinuierlich gestiegen und erreichte 2009 mit fast 34.000 Straftaten einen neuen Rekordwert. Im Vergleich zu 2005 betrug der Zuwachs damit rund 28 Prozent. Straftaten von Links- und Rechtsextremisten spielen dabei weiter die bedeutendste Rolle. Auch aktuell gibt es nur wenig Grund zur Entwarnung. So muss

in Zukunft mit einem weiteren Anstieg insbesondere linksextremistischer Gewalttaten gerechnet werden. Zugleich wird sich die Kriminalität von rechts voraussichtlich ebenfalls weiter auf hohem Niveau bewegen. Für ihren „Kampf gegen das System“ nutzen die Extremisten verstärkt neue Aktions- und Propagandaformen. So haben z. B. die „Autonomen Nationalisten“, die sich im Auftreten am „schwarzen Block“ der Linksautonomen orientieren, im rechten Spektrum an Einfluss gewonnen. Zudem nutzen beide Seiten längst das Internet als wichtige Propagandaplattform. Was aber sind zentrale Schutzmaßnahmen? „Neben der Ausnut-

zung aller rechtsstaatlichen Mittel und der Aufklärungsarbeit kommt der ganzheitlichen Sicherheitsarchitektur eine entscheidende Bedeutung zu“, betont Dr. Peter Frisch, Mitglied des KÖTTER Sicherheitsbeirates und früherer Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Ziel sei die Entlastung der Polizei und anderer Behörden, damit sie sich auf Kernaufgaben wie die Kriminalitätsbekämpfung konzentrieren können. „Daher muss auch den privaten Dienstleistern eine wichtigere Rolle zukommen, die z. B. statt der Polizei den Schutz öffentlicher Gebäude übernehmen können“, so Dr. Frisch.

„Wir brauchen dringender denn je eine Entlastung unserer Sicherheitsbehörden“

Die Deutsche Volkunion (DVU) und die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) haben erst vor wenigen Wochen ihre Fusion beschlossen. Droht eine neue rechte Bewegung?

Dr. Peter Frisch: Der Zusammenschluss sollte nicht überbewertet werden. Es ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht davon auszugehen, dass das rechtsextremistische Lager hierdurch deutlich gestärkt wird. Die Mitgliederzahl der beiden Parteien ist auf 11.000 gesunken. Bei der letzten Bundestagswahl kamen sie gemeinsam auf 1,6 Prozent der Stimmen. Auf Landesebene sind DVU und NPD lediglich in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vertreten. Gleichwohl sind punktuelle Wahlerfolge durch die Besetzung populistischer Themen auch in Zukunft natürlich nicht gänzlich auszuschließen.

... also herrscht weitgehend Ruhe am rechten Rand?

Frisch: So beruhigend möchte ich dies nicht formulieren. Zurzeit gibt es nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes fast 200 rechtsextremistische Gruppierungen und Zusammenschlüsse. Die Zahl ihrer Mitglieder sowie der nichtorganisierten Rechtsextremisten liegt bei 26.600 Personen. Sie sind Gegner unserer freiheitlichen Rechtsordnung, ausländerefeindlich, rassistisch und durchweg antisemitisch. Insgesamt ist die Zahl der gewaltbereiten Personen im rechtsextremistischen Spektrum auf rund 9.000 zu beziffern.

Als Synonym für den Kampf gegen unser System stehen vor allem die Neonazis ...

Frisch: Das stimmt. Ihr Ziel ist ein Führerstaat nach Vorbild des Dritten Reiches. Neben den 5.000 Neonazis und den genannten 20.000 Personen in Parteien oder im Gewaltbereich verfolgen 2.500 Personen in kleineren Zusammenschlüssen rechtsextremistische Ziele.

Die rechtsextreme Kriminalität bewegt sich aber weiterhin auf einem hohen Niveau?

Frisch: Mit fast 19.000 Fällen lag sie 2009 rd. vier Mal so hoch wie die Delikte mit linksextremistischem Hintergrund. Im ersten Halbjahr 2010 sollen sich nach ersten Berichten mehr als 6.500 Delikte ereignet haben; einige Quellen sprechen von über 11.000 Straftaten für die ersten neun Monate. Die offiziellen Zahlen für das Gesamtjahr sind im Mai zu erwarten. Dabei ist von einem erneut hohen Kriminalitätsniveau auszugehen, da die Polizei erfahrungsgemäß zahlreiche Straftaten nachmeldet. 80% der Straftaten sind Propagandadelikte und Volksverhetzung. Dabei bereitet den Behörden die Nutzung der neuen Medien erhebliche Sorge. Was genauso für das linksextremistische Spektrum zutrifft.



Welche neuen Aktions- oder Propagandaformen sind dies?

Frisch: Rechts- und Linksextremisten sind in fast allen Bereichen des Internets präsent. Zurzeit gibt es z. B. rd. 1.000 deutschsprachige rechtsextremistische Homepages. Zudem gewinnt die Nutzung von Online-Communitys genauso an Bedeutung wie die Propaganda über Web-Videoplattformen.

Geht dies einher mit dem Erstarren der so genannten Autonomen Nationalisten?

Frisch: Sie nennen sich selbst so. Bei ihnen handelt es sich überwiegend um junge, aktionsorientierte Rechtsextremisten. Ihre Ideologie basiert ebenfalls auf dem Nationalsozialismus, sie betonen aber vorgeblich antikapitalistische und antiimperialistische Elemente des Nationalsozialismus. In ihrem Auftreten orientieren sie sich am „schwarzen Block“ der linksextremistischen Autonomen. Die Gewaltbereitschaft dieser mittlerweile rund 5.000 Personen ist äußerst hoch; ihr Einfluss in der rechten Szene stetig gewachsen.

Wird zu wenig gegen den Rechtsextremismus getan?

Frisch: Die einem NPD-Verbot entgegenstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts muss akzeptiert werden. Es wird aber viel getan. Über 20 rechtsextremistische Vereine und Parteien sind verboten, unzählige Taten bestraft worden. Die Aufklärungsarbeit der Behörden und das Engagement vieler Bürger weisen immer wieder auf die Gefahren hin – genauso auf den Linksextremismus.

Wie sehen die Gefahren durch den Linksextremismus aus?

Frisch: Die politisch motivierte Kriminalität von links hat erheblich zugenommen. So waren allein die Straftaten mit linksextremistischem Hintergrund 2009 um 51,5 Prozent auf über 4.700 Fälle hochgeschwungen. Das linksextremistische Spektrum umfasst rd. 31.600 Personen. Die Deutsche Kommunistische Partei hat zirka 4.000 Mitglieder. Daneben verfolgen 58 kleinere Parteien und Organisationen marxistisch-leninistische oder andere revolutionär ausgerichtete Ziele. Gewalt üben vornehmlich die 6.300 meist schwarz gekleideten und verumumt auftretenden „Autonomen“ aus.

Und deren Gewaltbereitschaft ist deutlich gestiegen ...

Frisch: 2009 waren die linksextremistischen Gewalttaten sprunghaft um 59 Prozent auf rd. 1.100 angestiegen. Im ersten Halbjahr 2010 vermeldeten z. B. die Verfassungsschützer in Nordrhein-Westfalen und Bayern ebenfalls eine zunehmende Gewalt von links. Dies lässt für die bundesweite Bilanz, die im Mai zu erwarten ist, nichts Gutes erahnen.

Was sind Ziele und Anlässe?

Frisch: Die Autonomen nutzen alle sich aus ihrer Sicht bietenden Gelegenheiten für Gewaltakte. Das sind vor allem Demonstrationen gegen die Atomkraft, Bundeswehrgelöbnisse oder Gipfeltreffen von Politikern oder Wirtschaftsführern. Dabei setzen sie Fahrzeuge in Brand, beschädigen Gebäude und attackieren Polizisten mit Steinwürfen, auch mit Molotow-Cocktails.

Worin sehen Sie den Schlüssel zur Bekämpfung von Links- und Rechtsextremismus?

Frisch: Erstens: Es muss mit aller rechtsstaatlichen Härte gegen politisch motivierte Straftaten und speziell Gewaltakte vorgegangen werden. Zweitens: Die Präventions- und Aufklärungsarbeit z. B. durch Behörden und andere Institutionen muss fortgesetzt werden. Drittens: Angesichts der weiter wachsenden Aufgaben von Polizei und anderen Sicherheitsbehörden bei gleichzeitig enger werdenden Personal- und Finanzressourcen brauchen wir dringender denn je eine Konzentration der Polizei auf ihre Kernaufgaben und -kompetenzen.

Sie setzen somit auf eine stärkere Aufgabenteilung inner-



Dr. Peter Frisch

Dr. Peter Frisch ist Mitglied des KÖTTER Sicherheitsbeirates und ehemaliger Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. In dieser Position erlangte er umfassendes Wissen über das Bedrohungspotenzial des Links- und Rechtsextremismus. Bereits frühzeitig erkannte und vermittelte Dr. Frisch auch die Chancen von Kooperationen zwischen hoheitlich tätigen Sicherheitskräften und privaten Sicherheitsdiensten für die innere Sicherheit. Im Fokus steht die Entlastung der staatlichen Organe in sicherheitsrelevanten Sekundärbereichen wie Objektschutzaufgaben.

halb der bundesdeutschen Sicherheitsarchitektur?

Frisch: Ganz genau. Den Leitgedanken für die Arbeitsteilung zwischen öffentlicher Hand und privaten Unternehmen hat der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, treffend formuliert: Wer kann welche Aufgabe am sinnvollsten erbringen? Die Polizei soll sich auf die Bereiche konzentrieren können, für die die Beamten ausgebildet wurden: Gefahrenabwehr, Vorbeugung von Straftaten und Kriminalitätsbekämpfung. Dazu gehört aber zum Beispiel nicht unbedingt der Objektschutz.

Wie soll der Objektschutz stattdessen funktionieren?

Frisch: Für solche Aufgaben können qualifizierte private Unternehmen ihre Fachkräfte zur Verfügung stellen, die gründlich innerhalb der Unternehmen ausgebildet, aber dann durchaus auch durch Beamte überwacht werden. Weitere Segmente für die erweiterte Aufgabenübernahme durch kompetente Dienstleister sind qualifizierter Veranstaltungsschutz, Sicherheits- und Serviceleistungen im öffentlichen Personenverkehr, Überwachung von Ordnungsrecht und Verkehrsüberwachung.

Und dies können die privaten Dienstleister auch leisten?

Frisch: Ich spreche nicht von den insgesamt fast 4.000 Sicherheitsunternehmen, die es in der Bundesrepublik gibt. Aufgrund der niedrigen Markteintrittsbarrieren gibt es zu viele Anbieter, die nicht über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um solche Aufgaben zu erbringen. Nein, ich spreche von den Qualitätsdienstleistern der Branche.

Wie lässt sich sprichwörtlich die Spreu vom Weizen trennen?

Frisch: Hilfreich wäre die Schaffung eines eigenen Sicherheitsgesetzes auch in Deutschland, wie es dies bis auf Österreich sonst in allen europäischen Ländern gibt. Zudem besteht mit dem Luftsicherheitsgesetz für den Bereich Aviation Security in Deutschland ein gutes Beispiel.

Wie sieht dies aus?

Frisch: Das Luftsicherheitsgesetz regelt unter anderem in § 5 die Fluggast- und Gepäckkontrollen. Gerade diese verdeutlichen die Pluspunkte einer solchen gesetzlichen Regelung. Der Staat erzielt eine Reihe von Vorteilen, ohne die Kontrolle über die Aufgabenerfüllung aus der Hand zu geben. Die öffentliche Hand definiert, wie und in welcher Form die Kon-

trollen durchgeführt werden, und gibt Standards für Ausbildung, Prüfung sowie Fortbildung vor. Mitarbeiter privater Dienstleister agieren in dieser Konstellation als „Beliehene“ des Staates, wobei für sie ebenfalls die staatlichen Rechtsgrenzen gelten. Sollte der „große Wurf“ eines Sicherheitsgesetzes nicht gelingen, bieten sich solche gesetzlichen Regelungen auch für die weiteren genannten Bereiche an (ÖPV etc.).

Zudem dürfte die Vergabepraxis wichtig sein?

Frisch: Richtig. Gesetzliche Regelungen wie die Vorschriften zum Luftverkehr bieten die Chance, die Anforderungen an die Dienstleister, ihre Kontrolle und auch die Vergabevoraussetzungen durch die öffentliche Hand exakt zu regeln. So kann dem Einsatz „schwarzer Schafe“ unserer Bran-

che gerade in sensiblen Segmenten entgegengewirkt werden.

Was ist mit der Prävention?

Frisch: Leider ist hier klar festzustellen, dass die deutschen Mittelständler nach wie vor zu wenig für die Prävention tun. Dabei können speziell kritische Infrastrukturen schnell in den Fokus militanter Gruppierungen geraten. Dazu zählen vor allem Unternehmen aus den Sektoren Energie, Versorgung, Transport und Verkehr, Gefahrstoffe sowie Informations- und Kommunikationstechnologie. Hier sind ganzheitliche Sicherheitskonzepte gefordert, die im Übrigen auch das Thema Wirtschaftskriminalität im Blick haben.

Das Interview führte Carsten Gronwald, Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, KÖTTER GmbH & Co. KG Verwaltungsdienstleistungen.



KÖTTER Services in Deutschland

Aachen
Augsburg
Berlin
Bielefeld
Bitterfeld
Bonn
Bremen
Büren
Burg
Chemnitz
Cottbus
Dortmund
Dresden
Düsseldorf
Duisburg
Erfurt
Essen
Euskirchen

Frankfurt am Main
Frankfurt (Oder)
Freiburg
Gera
Gütersloh
Hamburg
Hannover
Hennigsdorf
Hoyerswerda
Ingelheim
Köln
Krefeld
Langen
Leipzig
Magdeburg
Mannheim
Mönchengladbach
München

Münster
Neubrandenburg
Nürnberg
Oberhof
Offenburg
Paderborn
Rhede
Riesa
Saarbrücken
Schwedt
Schwerin
Stendal
Stuttgart
Suhl
Ulm
Wilhelmshaven
Würzburg
Wuppertal



„Wir sind für Sie da.“

Wilhelm-Beckmann-Straße 7
45307 Essen

Hotline: +49 201 2788-388

Hotfax: +49 201 2788-488

E-Mail: info@koetter.de

Internet: www.koetter.de

Impressum:

Der **Sicherheitsbrief** wird herausgegeben von der Öffentlichkeitsarbeit der KÖTTER GmbH & Co. KG Verwaltungsdienstleistungen.
Tel.: +49 201 2788-126, Fax: +49 201 2788-178, E-Mail: carsten.gronwald@koetter.de
© Die Zeitschrift und alle darin enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Die Mitgliedschaft in den aufgeführten Verbänden gilt für Einzelfirmen der KÖTTER Unternehmensgruppe. Bildmaterial: dpa Picture-Alliance GmbH; Bastian Ott, fotolia